

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Roger Beckamp, Carolin Bachmann, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann, Dr. Christina Baum, Dirk Brandes, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Wohnungsneubau in Deutschland kommt immer mehr zum Erliegen. Die Presse spricht mittlerweile von einer „Schockstarre“¹. Auf den Weckruf durch die größte deutsche Wohnungsbaugesellschaft Vonovia mit der Ankündigung in 2023 keine neuen Bauvorhaben zu beginnen², reagierte die Politik nicht.

Der Referentenentwurf für die zweite Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes aus dem Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zeigt ein weiteres Mal, dass die Bürger kein Vertrauen in bestehende gesetzliche Regelungen haben können. Ab 2024 müssen neue eingebaute Heizungen mindestens 65 % der bereitgestellten Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen. Heizungen die älter als 30 Jahre sind dürfen nicht mehr betrieben werden. Ab 2045 sind Heizkessel, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, verboten.³ Es gibt nur eine Ausnahmeregelung für besonders effektive Gas- und Ölheizkessel, sowie Ein- und Zweifamilienhausbesitzer, die seit Februar 2002 in ihrem Eigentum leben. Diese Ausnahmeregelung gilt nicht für die ca. 3,3 Mio. Mehrfamilienhausbesitzer und die vielen Millionen Eigentümer, die ihr Einfamilienhaus nach 2002 erworben haben.

Laut Statista gab es in Deutschland 2021 noch 19,2 Mio. Öl- und Gasheizungen, damit wurden etwa 30 Mio. Wohnungen auf diese Weise beheizt.⁴ Bis Ende 2024 werden 33 % aller Gasheizungen und 44 % aller Ölheizungen älter als 30 Jahre sein.⁵

¹ <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus244353343/Wohnungsbau-Januar-Kollaps-leitet-die-naechste-Phase-der-Baukrise-ein.html>, Zugriff am 28.03.2023.

² <https://www.wiwo.de/finanzen/immobilien/explodierende-baukosten-vonovias-neubau-aus-ist-ein-weckruf/28956424.html>, Zugriff am 28.03.2023.

³ http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/20230331-referentenentwurf-2-geg-novelle.pdf?__blob=publicationFile&v=4, Zugriff am 06.04.2023.

⁴ <https://de.statista.com/infografik/27327/anteil-der-energetraeger-beim-heizen-des-wohnungsbestandes-in-deutschland/>, Zugriff am 28.03.2023.

⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165282/umfrage/gesamtbestand-der-zentralen-waermeerzeuger->

Ende 2044 sollen alle Heizungen auf regenerative Energien umgestellt sein.³ Dies entspricht einem Betriebsverbot für alle Heizungen mit fossilen Energieträgern unabhängig vom technischen Zustand.

Die Verabschiedung einer Novelle der EU-Gebäudeenergiegesetzes (EPBD) ist ein weiterer Baustein der Drangsalierung von Hauseigentümern. Die Hauseigentümer werden also nicht nur gezwungen die Heizung zu tauschen, sondern sie müssen auch ihr Haus energetisch sanieren. Nach Schätzungen müssen in Deutschland etwa 58 % der Wohnimmobilien bis 2033 saniert werden. Bei einem Einfamilienhaus mit 160 m² geht der Verband Haus & Grund von Kosten in Höhe von ca. 100.000 € für Dämmung, neue Fenster und eine Wärmepumpe aus.⁶ Dies stellt die Bürger nicht nur vor kaum zu bewältigende organisatorische und technische Umbauprobeme, sondern bedroht auch deren finanzielle Existenz bzw. Altersvorsorge. Es droht eine Welle der Enteignung. Hinzu kommt eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot, weil die Mieter die Mieten für die zwangssanierten Wohnungen nicht mehr zahlen können.

Die finanziellen Belastungen sind enorm. Der Referentenentwurf geht bis 2028 von jährlichen Belastungen für den Bürger von 9 Mrd. Euro aus.³ Die ersten Experten charakterisieren das Vorhaben als unzulässigen Eingriff in die Eigentumsrechte. Manuel Frondel (RWI Essen) sieht Deutschland auf dem Weg in die Öko-Diktatur.⁷

Die einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf Wärmepumpen hat dabei gleich mehrere Nachteile.

1. Die nötigen Fachkräfte zum Umbau von Millionen Heizungen jährlich stehen nicht zur Verfügung. Der Zentralverband Sanitär, Heizung und Klima beklagt zehntausende fehlende Monteure.⁸ Diese wären auch nicht etwa aus dem Ausland verfügbar, wie es manche in der Regierung herbeisehnen.
2. Die notwendigen Wärmepumpen werden nicht rechtzeitig am Markt verfügbar sein. Die im „Fahrplan für 2023 zum Wärmepumpenhochlauf“⁹ angestrebten 500.000 Wärmepumpen reichen schlichtweg nicht für den vorgesehenen Umbau. Schon gegenwärtig klagen modernisierungswillige Wohnungsunternehmen über fehlende oder fehlerhafte Wärmepumpen.¹⁰
3. Hinzu kommt, dass in den meisten bisher verbauten Wärmepumpen ein hochgiftiges Kältemittel eingesetzt wird. Die Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) gehören zu den persistenten Chemikalien. Gelangen sie einmal in die Umwelt, verschwinden sie vermutlich nie wieder. Die Stoffe sind auch in Blut und Gewebe nachzuweisen und stehen im Verdacht, bei Menschen Krebs zu verursachen, unfruchtbar zu machen und das Immunsystem zu schwächen¹¹. Alternativen stehen praktisch im Moment nicht zur Verfügung oder haben andere Nachteile. Es gibt konkrete Bestrebungen in der EU diese Substanzen zu verbieten¹². Welche Konsequenzen das für die Besitzer von Wärmepumpen hat, ist bisher noch nicht absehbar.

in-deutschland/, Zugriff am 28.03.2023.

⁶ <https://www.hna.de/wirtschaft/eu-sanierung-klimaschutz-plaene-energiewende-immobilien-kosten-92157757.html>, Zugriff am 11.04.2023.

⁷ https://www.focus.de/politik/deutschland/geplante-heizungs-verbote-experte-erhebt-schwerem-vorwurf-gegen-habecks-oeko-diktatur_id_188213208.html, Zugriff am 28.03.2023.

⁸ <https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/im-shk-handwerk-fehlen-60-000-fachkraefte-230910/>, Zugriff am 28.03.2023.

⁹ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/F/20230215-fahrplan-wp-hochlauf-2023.pdf>, Zugriff am 04.04.2023.

¹⁰ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/robert-habeck-will-den-einbau-neuer-oel-und-gasheizungen-verbieten-18711585.html>, Zugriff am 28.03.2023.

¹¹ <https://www.fr.de/verbraucher/gefaehrliche-jahrhundertgift-pfas-energiewende-in-waermepumpen-92117674.html>, Zugriff am 28.03.2023.

¹² <https://www.baua.de/DE/Services/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/pm08-23.html>, Zugriff am 28.03.2023.

4. Ein weiteres technisches Problem ist der mit der Anzahl der Wärmepumpen stetig wachsende Energiebedarf. Die einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf strombetriebene Wärmepumpen und E-Autos als Massenverbraucher auf der einen Seite und der volatilen Stromerzeugung durch Wind- und Solaranlagen auf der anderen Seite, stellen die Stromversorger vor große Herausforderungen. Es ist absehbar, dass die Stromnetze nicht dem stark wachsenden Strombedarf entsprechend schnell ausgebaut werden können. Die Gefahr der Notwendigkeit gezielt Stromverbraucher abschalten zu müssen (Brownout), um den Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern (Blackout), steigt stetig.¹³ Diese Gefahr ist der Bundesregierung bekannt und wird ignoriert bzw. als für die Bevölkerung hinnehmbar angesehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die vom EU-Parlament beschlossene Novellierung des EPBD abzulehnen;
2. die Mietpreisexplosion nicht zusätzlich durch ein generelles Betriebsverbot für sichere und technisch einwandfreie Heizsysteme zu forcieren;
3. keinerlei über Sicherheitsbedenken hinausgehende Pflichten zum Austausch von Heizungen zu erlassen;
4. zu verhindern, dass durch die hohen Kosten für einen Heizungstausch und energetische Sanierung Bürger in wirtschaftliche Not geraten und/oder ihre Altersvorsorge auflösen müssen;
5. die Vielfalt an Heizungstechnologien zu erhalten, um einen funktionierenden Markt für Heizungssysteme zu gewährleisten, der einen Wettbewerb der Systeme und damit niedrige, marktgerechte Preise für Eigentümer schafft;
6. die gesamtgesellschaftlichen und individuellen Kosten für den Bürger, die aus dem Gesetz entstehen, mit realistischen Ansätzen zu eruieren und transparent zu veröffentlichen;
7. bei jedem Gesetzentwurf zu prüfen, ob die im Gesetz gestellten Forderungen durch das Handwerk umsetzbar ist und dabei besonders den Fachkräftemangel zu berücksichtigen;
8. bei jedem Gesetzentwurf zu prüfen, ob die im Gesetz gestellten Forderungen hinsichtlich der Lieferung technischer Systeme, insbesondere der Verfügbarkeit von Importprodukten und -material, durch die Industrie umsetzbar sind;
9. den Gesetzentwurf auf technische Umsetzbarkeit hinsichtlich einer sicheren nationalen Energieversorgung zu prüfen;
10. einen sofortigen Stopp des Einbaus von Wärmepumpen mit den gesundheitlichen Hochrisikostoffen Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) zu beschließen.

Berlin, den 18. April 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

¹³ <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/strom-in-deutschland-drohen-brownouts-90-minuten-alles-aus-82194176.bild.html>, Zugriff am 28.03.2023.

